



FÜR EINE GLOBALE KOOPERATION DER DEMOKRATIEN – ALS UTOPIE AUS DEM WESTEN

Eingereicht von: Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Vorbemerkung

Der „Westen“ ist aktuell. Im Konkreten, im Grundsätzlichen, im Historischen. Afghanistan, Mali, Ukraine... Wo stand und steht der Westen? In welcher Welt wollen und werden wir in Zukunft leben? Was bedeuten Systemkonkurrenz und neue aufkommende Großmächte in der Weltarchitektur? Ist Werteorientierung ein Klotz am Bein von Politik? Wie lösen wir die globalen Probleme des Anthropozäns? Wegschweigen geht nicht. Über das Selbstverständnis des Westens muss geredet werden. Hat der Westen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sondern auch eine gemeinsame Idee für die Zukunft? Und wie tragfähig und zielführend ist sie nach innen und nach außen?

Der Westen: ein umstrittener Begriff und seine Substanz

Das ist schon auffällig! Im 2021 vorgelegten Koalitionsvertrag von SPD, B 90/Die Grünen und FDP unter dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ findet sich kein einziges Mal der „Westen“ als Begriff, nicht als erklärende Kategorie, nicht als Merkmal von Identität, nicht als politisches Ziel und nicht als Movens von Fortschritt. Gleichzeitig ist in der konkreten Politik zur Auseinandersetzung mit Putins Krieg gegen die Ukraine wie in der Zukunftsdebatte um Sicherheit und Frieden und Zusammenarbeit aktuell mehr denn je in den letzten 30 Jahren vom Westen die Rede.

Dabei gilt: Aus dem Westen heraus sind in der Moderne nicht nur zentrale Dokumente der globalen Fortschrittsgeschichte entstanden und in Staaten, die sich traditionell dem Westen zugeordnet haben und ihm zugerechnet worden sind und werden, wichtige Wegmarken für Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte und Frieden und Wohlfahrt gesetzt worden. Und gleichzeitig wissen wir: Im Westen und durch den Westen haben sich in diesem selbst wie in der Welt insgesamt Spannungen und Widersprüche aufgebaut, die aufgearbeitet werden müssen, um Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung des Westens besser zu verstehen und um seine normative Substanz ggfs. für die Zukunft fruchtbar zu machen.

- Das Gleichheits- und Universalismus-Postulat der Aufklärung einerseits, steht im Konflikt mit einem offen erklärten bzw. klandestinen Überlegenheitspostulat der westlichen Aufklärung bzw. des Eurozentrismus andererseits.
- Der Westen ist nicht immer weltoffen gewesen, sondern auch selbstfixiert, gleichgültig, dominant und ausbeuterisch. Die Staaten und die Gesellschaften aus dem Westen haben aber auch innerstaatliche Hypotheken, von der Vernichtung und der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung bis zum Rassismus und anderen Verletzungen der Menschenrechte.



- Die Überlastung des Erdsystems ist von zentraler Bedeutung für den Legitimationsverlust des Westens. Das tradierte Fortschrittsversprechen funktioniert nicht mehr so, wie es über Jahrhunderte bis in die Gegenwart hinein vom Westen gegeben worden ist.
- Das Auseinanderklaffen von einem demokratisch-liberalen Wertesystem einerseits und von insbesondere kurzfristigen Interessen, aber auch von Zwängen bzw. Dilemmata in der internationalen Politik wirft Fragen nach der Glaubwürdigkeit und der Stringenz im wertebasierten Handeln auf. Das gilt auch für Deutschland und für die EU.
- Liberalismus und Kapitalismus haben sich in einer Symbiose entwickelt. Der Gegensatz zwischen der Subjekthaftigkeit jedes Menschen und seiner Objekthaftigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft trägt systematische Widersprüche und Spannungen in sich. Humanistische Werte sind andere als ökonomische Werte. Eine menschengerechte Demokratie ist etwas anderes als eine marktgerechte Demokratie.

In seiner gesamten Komplexität und Widersprüchlichkeit in der Welt ist der Begriff des Westens so ambivalent geworden, dass der Westen als umfassendes Leitbild und konkrete Utopie in der Gegenwart nicht vorbehaltlos und ohne Alternative aufgenommen wird.

Freiheit und Demokratie

Es liegt im Wesen der Demokratie, dass es nicht nur die eine Form von deren institutioneller Ausgestaltung und damit eines exkludierenden Verständnisses von Demokratie geben kann. Demokratie wurde und wird in den Staaten und Gesellschaften mit westlich geprägter Geschichte und Orientierung durchaus unterschiedlich verstanden und die demokratischen Systeme sind in ihrem Verständnis von Selbstbestimmung der Menschen entsprechend unterschiedlich politisch geprägt.

Gleichwohl muss gelten: Demokratie ist mehr als nur ein Wort. Sie hat einen Inhalt. Es gibt dafür Standards wie die Garantie der Menschenrechte und der Bürgerrechte, die Freiheit des Individuums, die Gleichheit der Menschen, die Gewaltenteilung, die Meinungsfreiheit und die Organisationsfreiheit, den Pluralismus und die freie, geheime und gleiche Wahl wie auch das Mehrheitsprinzip und den Minderheitenschutz. Diese demokratischen Standards auf der Basis einer liberalen und sozialen Wertebasis dürfen nicht der verbalen wie praktischen Beliebigkeit unterworfen werden. Auch ist die Verhinderung von Machtmissbrauch durch die institutionelle Verhinderung der Konzentration von Macht eine institutionelle Bedingung, die zum Erhalt der politischen Freiheit unverzichtbar ist. Machtkonzentration, die Freiheit und Demokratie gefährdet, folgt nicht nur aus politisch-konstitutionellen, sondern auch aus ökonomischen oder kulturellen Bedingungen. Daraus ergeben sich der Vorrang von Rechtsstaatlichkeit und das Gebot von Gerechtigkeit Teilhabe und der Auftrag zu Pluralität und Respekt.



Wenn der Westen und sein Verständnis von Freiheit und Demokratie mehr sein sollen als eine geographische Verortung unter den vielen politischen Systemen auf dieser Welt, muss der Westen sich mehr denn je über seinen normativen Kern im positiven wertebasierten Sinne bestimmen und legitimieren. Die Verknüpfung von Freiheit und Verantwortung birgt in sich dann die mögliche Verwirklichung von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Mitgefühl und Solidarität in einer normativ definierten Demokratie, die mehr ist als eine „wertfreie“, rein institutionell basierte Demokratie. Freiheit und Demokratie brauchen immer wieder Selbstvergewisserung und Selbstüberprüfung in Gesellschaft wie Staat in den westlichen Demokratien. Es geht darum, ob dieser Kern ihrer Letzt - Legitimation Bestand hat, also nicht von der konkreten Politik konterkariert wird, und wie er bewahrt und weiterentwickelt werden kann.

Es ist ein großer historischer Fortschritt, dass es bei der nationalstaatlichen Identitätsfindung im Sinne von Freiheit, Menschenrechten und ihrer Konstitutionalisierung in einer Demokratie nicht geblieben ist, sondern Supranationalität bis hin zu den Vereinten Nationen dazugekommen ist. Allianzen wie die NATO als Verteidigungsbündnis von Grenzen und Souveränität wie von Freiheit und Demokratie stehen genauso für eine westliche Wertegemeinschaft wie die Europäische Union. Auch sie müssen sich der Herausforderung stellen, Widersprüche zwischen den eigenen Werten und den politischen Handlungen ernst zu nehmen und immer wieder zu überwinden.

Werteorientierung tut not – mit Europa als Grundlage und Perspektive

„Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa“, wie der Koalitionsvertrag von 2021 formuliert. Eine solche wertebasierte und europäische Politik verlangt unserem Land viel ab, nicht zuletzt zusätzliche Anstrengungen, erhöhte Mittel, eine ressortübergreifende nationale Strategie und neue Prioritäten. Eine wertebasierte Politik für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie in und mit Europa fängt dabei nicht bei null an. Sie kann zurückgreifen auf klare Prinzipien in Verfassungen und Verträgen.

Deutschland und Europa sind dabei bereit, sich im Rahmen der UNO, der NATO und der europäischen Verträge in die Mitverantwortung für den Erhalt und die Verwirklichung der Menschenrechte, von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie wie von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit in der ganzen Welt nehmen zu lassen. Wo die geopolitische Konkurrenz um Einflusszonen und das Hegemonialstreben nicht-demokratischer Großmächte aktuell ein bestimmender Faktor in der politischen Realität werden, muss sich Europa mit seinen Partnern des Westens einer Verletzung von völkerrechtlichen Grundprinzipien im eigenen Interesse entgegenstellen, was mit Übernahme von mehr eigener Verantwortung und mit mehr Investitionen in die



gemeinsame Sicherheit und Souveränität in Europa verbunden ist. Das gilt auch für die Sicherheitsinteressen an den Außengrenzen der EU.

Militärische Stärke hat ihre Bedeutung für den Schutz der eigenen Grenzen durch Abschreckung und als solidarischer Beitrag für Sicherheit und Frieden unserer Bündnispartner. Pazifismus reicht als Antwort nicht aus. Militärische Stärke und Handlungsfähigkeit im Bündnis sind notwendig angesichts von geopolitischen Realitäten und machtpolitischen Interessen und Aktionen, die sich auf Verständigung nicht einlassen wollen und nicht ignoriert werden dürfen. Auch können direkte militärische Eingriffe unter dem Mandat der Vereinten Nationen da notwendig werden, wo die Souveränität und die Grenzen von Staaten bedroht sind und wo Menschenrechte und elementare Freiheiten durch Bürgerkrieg und Verfolgung verletzt werden.

Starke Bündnisse, eine verstehende und vorausschauende Diplomatie, eine kluge Politik von Kooperation und Austausch, von Vernetzung und Partnerschaft und ein breites Spektrum an nicht – militärischen Maßnahmen wie zivilgesellschaftlichen Verständigungen müssen Konflikte vorbeugen.

Es ist eine grundsätzliche Paradoxie von Befreiungsbewegungen und Kämpfen um demokratische Veränderung, dass sie in ihrem Streben nach Frieden, Freiheit, Souveränität und Sicherheit wieder eine Ursache von Destabilisierung, Vertreibung, Folgekriegen und Diktatur werden können.

Eine wertegeleitete Politik für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie darf vor ihren möglichen Paradoxien und Risiken nicht erschrecken, sondern muss Haltung und zielführende Mittel und Wege miteinander verbinden, wo und wie immer dies möglich ist.

Westliche Ideale und die neuen Probleme

Das Zeitalter des Anthropozäns steht im Zeichen von existentiellen Herausforderungen. Diese Entwicklungen sind in ihren Ursachen wie in ihren Wirkungen nicht mehr an einzelne Staaten oder Regionen der Welt gebunden, denken wir an die Überhitzung der Welt, den Verlust an Biodiversität und Ernährungsgrundlagen und die unkalkulierbare Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen aller Art. Diese Gefährdungen kennen keine Grenzen, haben absehbare Vorlaufzeiten und geraten an Kippunkte der Irreversibilität. Sie verändern die Welt im schlimmsten Fall unabhängig von den universellen Werten, die aus der Geschichte des Westens erwachsen sind. Ohne den Erhalt und die Sicherung der globalen existentiellen Voraussetzungen lassen sich allerdings auch die Werte des Westens nicht leben und verwirklichen. Das zwingt zur Kooperation.

Frieden ist eine Voraussetzung eines würdigen Lebens. In einer von Waffen zerstörten Welt haben Menschenrechte, Freiheit, Demokratie keine Grundlage mehr. Für ein



würdiges Leben brauchen wir den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Wo es sich um existentielle Bedrohungen für die ganze Menschheit handelt, deren Bewältigung keinen Aufschub duldet, kann es bei den Partnern zur Lösung dieser Probleme kein moralisches Hindernis gegen eine Politik der lösungsorientierten Verständigung geben. Selbst wenn Menschenrechte, Freiheit und Demokratie gefährdet und unterdrückt werden, müssen für den Klimaschutz und zur Friedenssicherung Formen der Kooperation immer noch angestrebt und ermöglicht werden. Die offene Ansprache von Unterschieden und die klare Aussprache von Kritik, das „We agree to disagree“ muss dabei ausgehalten werden, auch im Interesse der Belastbarkeit und Nachhaltigkeit von möglichen Übereinkommen im gemeinsamen existentiellen Interesse.

Für eine globale Kooperation der Demokratien – als Utopie aus dem Westen

Der Westen hat eine Erfolgsgeschichte – und auch eine „Leidensgeschichte“. So widersprüchlich sie im Konkreten auch gewesen ist, kann auf Vieles in der Geschichte des Westens für die Zukunft mit Selbstbewusstsein und Zuversicht aufgebaut werden.

An das klassische Bündnis des Westens sollte sich eine globale „Kooperation der Demokratien“ anschließen, die über den transatlantischen Kontext hinausgreift. Damit kann aus Freiheit als normatives Projekt des Westens Demokratie als regulative Idee aus dem Westen werden, die weitergetragen werden kann. Der Kanon der Menschenrechte, die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, das System der Demokratie, die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, die Trennung von Staat und Kirche, die Aufklärung und der Rationalismus müssen auch in den Staaten des Westens bewahrt, geschützt und gepflegt werden.

Je überzeugender in den Staaten des Westens diese Ideen verwirklicht werden, umso überzeugender sind sie Grundlage einer positiven Utopie für die Weltgesellschaft von morgen. Und desto besser können diese Ideen von anderen in eigener Souveränität aufgenommen werden.